

Aus dem Gemeinderat vom 18.12.2012

Gemeinderat wird kleiner

Zum 1. Januar 2013 werden dem Forbacher Ratsgremium nur noch 18 Ratsmitglieder angehören. Rüdi Peteroff hat nach achtjähriger Ratszugehörigkeit aus beruflichen und persönlichen Gründen sein Gemeinderatsmandat niedergelegt. Der als Ersatzbewerber für den Wohnbezirk Forbach gewählte Nachrücker Björn Dieterle steht aus beruflichen Gründen nicht zur Verfügung. Sowohl dem Ausscheiden von Rüdi Peteroff, als auch dem Verzicht auf das Gemeinderatsmandat von Björn Dieterle, hat der Gemeinderat zugestimmt, sodass bis 2014 ein Gemeinderatssitz unbesetzt bleibt. Für Rüdi Peteroff wird Rainer Fritz Fraktionsvorsitzender, dritter Bürgermeister-Stellvertreter und Protokollunterzeichner. Frank Mayer wird Mitglied des Verwaltungsausschusses und Roland Gerstner wird die SPD in der Gesellschaft für kommunale Zusammenarbeit im Murgtal vertreten.

Kooperationsvertrag bleibt bestehen

Seit vielen Jahrzehnten übernimmt die katholische Kirchengemeinde für die politische Gemeinde die Kindergartenträgerschaft in Forbach. Viele tausend Kinder wurden über die Jahre hinweg in der christlichen Überzeugung miterzogen. Diese gute Kooperation zwischen Kirchengemeinde und politischer Gemeinde, so Bürgermeister Kuno Kußmann, soll auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Auf seinen Vorschlag hin beschloss der Gemeinderat einstimmig die Fortschreibung und Änderung des Kooperationsvertrages zum Betrieb des Forbacher Kindergartens. Künftig wird die Gemeinde 87,5 %, bislang 85 %, der Fachpersonalkosten übernehmen. Die Kostenanpassung war notwendig, weil zusätzliches pädagogisches Personal verpflichtet wurde. Die Gemeinde erhielt dafür höhere Landeszuschüsse und gibt diese nun durch die höhere Kostenbeteiligung an die Kirchengemeinde weiter. Der höhere Zuschuss liegt pro Kalenderjahr bei etwa 10.000 €. Insgesamt nur ein kleiner Teil der Aufwendungen der Gemeinde für die Kindergartenarbeit, denn immerhin liegen die Kosten für die Gemeindecindergärten in Langenbrand und Bermersbach sowie der Zuschuss an die Kirchengemeinde bei jährlich rund 600.000 €.

Straßenbau in Bermersbach

Straßenbauarbeiten bringen im allgemeinen Verkehrsbehinderungen mit sich. In engen Ortsstraßen sind diese besonders gravierend. Dies trifft in der Tat auf Bermersbach zu. Dort baut das Land Baden-Württemberg derzeit im Vorgriff auf die Sanierung der Ortsdurchfahrt eine Stützmauer aus. Die Bauarbeiten wurden kurz vor Wintereinbruch begonnen und die Durchgangsstraße gesperrt. Dies führte zu Einschränkungen im Winterdienst und vielen Umwegen für die Bürgerschaft. Zwischenzeitlich

fanden verschiedene Gespräche statt. Aus Verkehrssicherungsgründen kann der Bauherr, das Land, die Straße für den allgemeinen Durchgangsverkehr nicht freigeben. Dennoch wurde die Absperrung beseitigt, denn der Schneepflug muss bei Bedarf die Baustelle passieren können. Im Gemeinderat informierte Bürgermeister Kuno Kußmann über die Gespräche mit der Bauleitung. Es wird versucht, sobald die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden, möglichst rasch den Durchgangsverkehr wieder zu ermöglichen. Sobald Ergebnisse feststehen, wird die Bürgerschaft über das Mitteilungsblatt informiert.

Auch die Bauarbeiten an der Bermersbachstraße sorgten für Unmut. Die Arbeiten dauerten über Gebühr lange und sind dennoch nicht zufriedenstellend abgeschlossen. Eine Schlussabnahme, darauf wies der Ortsbaumeister in der Sitzung hin, ist aber noch nicht erfolgt. Die beauftragte Baufirma hat noch Nacharbeiten vorzunehmen. Voraussichtlich Ende Januar sollen diese abgeschlossen sein, danach erfolgt die Abnahme der Bauarbeiten durch den Auftraggeber Gemeinde. Nur bei einer ordnungsgemäßen und zufriedenstellenden Ausführung hat die Baufirma ihre Pflicht erfüllt und die Baustelle kann abgerechnet werden.

Begleitetes Wohnen zu Hause kann starten

Ohne Diskussion, aber mit viel Lob, stimmte der Gemeinderat einer Kooperationsvereinbarung zu. Damit schreiben die politischen Gemeinden Weisenbach und Forbach, die Kirchengemeinden, der Landkreis und die Sozialstation ihre Zusammenarbeit zum begleiteten Wohnen zu Hause fest. Mit dem Angebot soll es den älteren Menschen ermöglicht werden, möglichst lange in ihrer eigenen Umgebung zu bleiben. Unter Einbindung von ehrenamtlichen Mitarbeitern sollen Besuchs- und Hilfsdienste organisiert werden. Der Gemeinderat sieht das Angebot insgesamt als notwendig und richtig an. Es kann ältere Menschen unterstützen und fördern. Anfang Januar wird das neue Angebot mit einem persönlichen Anschreiben an alle ab Jahrgang 1953 vorgestellt und um Unterstützung und Mitarbeit im Ehrenamt gebeten.